



IW-Report 19/2021

Sorgen und Demokratiezufriedenheit - das Ruhrgebiet als Sonderfall

Matthias Diermeier / Judith Niehues / Ruth Maria Schüler

Der Beitrag ist Teil des von der Brost-Stiftung geförderten Projekts „Ein neuer Gesellschaftsvertrag in Zeiten sozialer Fragmentierungen“ – Gestaltungsoptionen für das Ruhrgebiet.

Köln, 27.05.2021

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Einleitung	5
2 Wirtschaftliche Lage: pessimistische Einschätzungen im Ruhrgebiet	6
3 Demokratiezufriedenheit: auffällige Unauffälligkeit	11
4 Fazit und Ausblick	15
Literatur	18
Abstract	21
Tabellenverzeichnis	22
Abbildungsverzeichnis	22

JEL-Klassifikation:

D83 – Search, Learning, Information and Knowledge, Communication, Belief, Unawareness

C83 – Survey Methods, Sampling Methods

R10 – General Regional Economics

Zusammenfassung

Das Leben im Ruhrgebiet ist seit vielen Jahrzehnten von wirtschaftlichen Umwälzungsprozessen geprägt. Auch heute noch sehen sich die BewohnerInnen der Region einem vergleichsweise schwierigen wirtschaftlichen Umfeld gegenüber. Entsprechend überrascht es wenig, dass sich die Menschen im Ruhrgebiet mit Blick auf unterschiedliche gesellschaftliche Problemlagen besorgter zeigen und diese empirisch noch negativer einschätzen, als es im deutschlandweiten Vergleich der Fall ist. Auch eine niedrigere Wahlbeteiligung sowie eine höhere Zustimmung zu einer rechtspopulistischen Partei spiegeln die angespannten Lebenswelten wider.

Diesen Befunden muss entgegengehalten werden, dass wirtschaftliche Sorgen im Ruhrgebiet trotz des anhaltenden Strukturwandels moderat ausfallen. Auch haben sich die BewohnerInnen der Region gegeben der Umstände nicht übermäßig von den etablierten Parteien abgewendet. Auffällig unauffällig zeigt sich in der Gesamtschau insbesondere die übergeordnete Zufriedenheit mit der Demokratie. Entgegen dem schwachen gesellschaftlichen Vertrauen in die MitbürgerInnen, gibt die vorherrschende Demokratiezufriedenheit durchaus Hoffnung auf ein bisweilen verlorenges „Wir-Gefühl“. Ökonomisch mag dies in dem nachhaltigen Aufbau von Bildungs-, Digital- und Verkehrsinfrastruktur während der vergangenen Dekaden begründet liegen, die RuhrgebietsbewohnerInnen heute eine überdurchschnittlich attraktive Daseinsvorsorge bieten. Gesellschaftlich spiegelt sich die solide Verankerung der Demokratie in der wichtigen Rolle der Lokalmedien wider, deren Konsumenten das politische System weniger kritisch evaluieren. Dem Wunsch nach mehr politischer Mitbestimmung wurde im Jahr 2020 erstmals mit der Wahl eines gemeinsamen „Ruhrparlaments“ stattgegeben, das in den kommenden Jahren noch beweisen muss, inwieweit es etwa mit kommunenübergreifenden raumplanerischen Projekten in der Region überzeugen kann.

Danksagung

Die AutorInnen danken Jana Tissen für Ihre wertvolle Unterstützung bei der Erstellung des Reports.

1 Einleitung

Wirtschaftlich hat das Ruhrgebiet auch nach Jahrzehnten des Strukturwandels weiterhin mit seinem Erbe zu kämpfen. Zwar konnte die weitreichende und umfangreiche Sozial- und Strukturpolitik vielerorts die Härten der multiplen Umbrüche abfedern, dies ging jedoch zu Kosten der kommunalen Verschuldung und Handlungsfähigkeit: Im westdeutschen Vergleich zeigt sich kaum eine andere Region vergleichsweise gefährdet (Oberst et al., 2019). Entsprechend sind die BewohnerInnen des Ruhrgebiets mit Blick auf viele Fragen und Problemlagen verunsichert und blicken in vielerlei Hinsicht pessimistisch auf die aktuelle Lage (Diermeier et al., 2020).

Trotzdem wird immer wieder der Befund zu Tage gefördert, die Region könne aus ihrer industriekulturellen Vergangenheit schöpfend weiterhin von einem hohen gesellschaftlichen Zusammenhalt profitieren. So identifizieren Korte und Dinter „das Gefühl, dass wenn es hart auf hart kommt, Politiker und Bürger im Ruhrgebiet zusammenhalten“ (Korte/Dinter, 2019). Einem solchen „Wir-Gefühl“ wird mitunter eine Strahlkraft ins Ökonomische wie ins Politische attestiert. Mit Blick auf das Ruhrgebiet konstatiert Berger (2021) entsprechend: „In einer Region mit einem starken kollektiven Regionalbewusstsein setzen sich die Menschen nicht nur nachhaltiger für „ihre“ Region ein, sondern von außen Kommende siedeln sich hier in dem Bewusstsein an, Teilnehmer an eingespielten Regeln, Routinen und Werten zu werden, die wirtschaftliches Wachstum fördern und kulturelle Rahmenbedingungen für den Aufbau einer neuen Zivilgesellschaft setzen“.

Tatsächlich erscheint das Ruhrgebiet mit den politisch wie wirtschaftlich zerfallenden de-industrialisierten Vergleichsregionen in Europa und den USA als Positivbeispiel. Der abschließende empirische Befund, inwieweit dieser Schein zu trügen vermag, und ob die politische Frustration, die sich auch in der Vergangenheit punktuell gezeigt hat, breitflächig unter der Oberfläche schlummert, steht dabei noch immer aus. Zum einen wurde schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, dass das allgemeine Vertrauen in die Mitmenschen im Ruhrgebiet geringer ausfällt als im übrigen Nordrhein-Westfalen (NRW), aber auch gegenüber dem gesamtdeutschen Durchschnitt (Diermeier et al., 2020). Zum anderen können pessimistische Wahrnehmungen politisch in „gesellschaftsbezogener Unzufriedenheit und populistischem Wahlverhalten“ (Niehues et al., 2021) umschlagen. Aufbauend auf einer repräsentativen Umfrage innerhalb und außerhalb des Ruhrgebiets wird demnach im Folgenden untersucht, in welchem Zusammenhang die schwierige ökonomische Ausgangsposition, entsprechende sozioökonomische Sorgen sowie die Einschätzung konkreter Problemlagen im Ruhrgebiet mit der Demokratiezufriedenheit stehen.

Da mit Blick auf das Ruhrgebiet auch häufig auf die Rolle der Lokalmedien für die Ausbildung lokaler Identitäten hingewiesen wird (Möhring, 2017), legt die empirische Analyse einen besonderen Fokus auf den Medienkonsum der dort ansässigen Menschen. Dem Ruhrgebiet ist zwar ein besonderer „Kommunikationsstress“ zwischen BürgerInnen, PolitikerInnen und JournalistInnen (Korte/Dinter, 2019, 2) bescheinigt worden, die Bedeutung der Kommunalmedien für die Informationsbeschaffung ist in der Region hingegen (weiterhin) deutlich überdurchschnittlich (Schüler et al., 2021). Lokalen Medien als Echokammer lokaler Sorgen und als Informations- und Kommunikationskanal der (Lokal-)Politik könnten gerade im Ruhrgebiet eine stabilisierende Rolle zukommen.

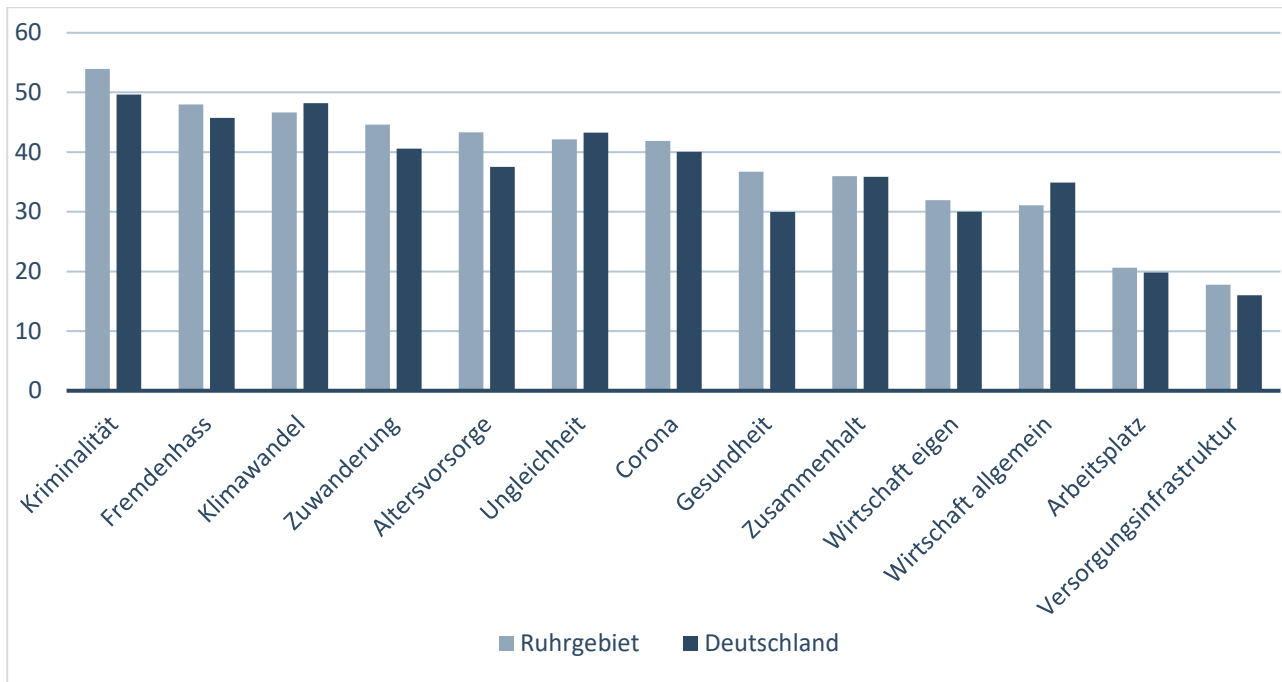
2 Wirtschaftliche Lage: pessimistische Einschätzungen im Ruhrgebiet

Auch nach Jahrzehnten des begleiteten Strukturwandels findet das Ruhrgebiet kaum zurück in eine zukunftsorientierte wirtschaftliche Perspektive. Noch immer kämpft Deutschlands größter polizentrischer Agglomerationsraum mit der schrumpfenden Bedeutung seiner Industrie. In der Folge verzeichnet die Region eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und konnte in der Zeit vor der Corona-Krise kaum an Deutschlands langem Arbeitsmarktboom partizipieren. Gut qualifizierte jüngere Bevölkerungsschichten wandern in prosperierende Regionen ab, da ihnen vielerorts im Ruhrgebiet keine ausreichende ökonomische Perspektive geboten werden kann (Röhl et al., 2018). Und auch mit Blick auf die Kaufkraftarmut wird das Ruhrgebiet in unterschiedlicher Hinsicht als „Problemregion“ geführt (Röhl/Schröder, 2017). Zudem schlägt sich die langanhaltende wirtschaftliche Baisse längst in den Kommunalhaushalten nieder und restringiert deutlich die Handlungsfähigkeit der lokalen Behörden, die wichtige Investitionen kaum mehr finanzieren können (Beznoska/Kauder, 2020). Es ist demnach nicht verwunderlich, dass auch die IW-Regionalstudie 2019 allen vier im Ruhrgebiet liegenden Raumordnungsregionen einen hohen gesamtwirtschaftlichen Handlungsbedarf attestiert (Oberst et al., 2019). In keiner anderen westdeutschen Region wird ein vergleichbares Cluster ökonomischer Gefährdung festgestellt.

Trotzdem hat sich das Ruhrgebiet gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf seit dem Jahr 2000 stabilisiert und einige Indikatoren deuten perspektivisch in eine positive Richtung (Röhl et al., 2018). So weist die Region einen unterdurchschnittlichen Fachkräfteengpass in Kombination mit einer günstigen demographischen Struktur auf und ist insbesondere mit Blick auf zukunftsfähige Technologien wie klimafreundliche Energiesysteme, aber auch im Bereich der Digitalisierung im Allgemeinen gut aufgestellt (Kempermann et al., 2020a). Die alte Tradition, auf Industriebrachen neues Gewerbe anzusiedeln, lebt wieder auf, und es werden einige zukunftsweisende Kompetenzen im wichtigen IT-Cluster angesiedelt (Funke, 2019). Auch kann die Region eine solide Infrastruktur, eine hervorragende Hochschulbildungslandschaft und eine nachweislich hohe Lebens- und Wohnqualität vorweisen (Kempermann et al., 2020b). Fraglich ist bislang hingegen, inwieweit das Ruhrgebiet flächendeckend von diesen positiven Trends profitieren kann. Bereits in der Vergangenheit hatte sich die Interpretation einer zunehmend segregierten kleinräumlichen Struktur durchgesetzt. Als Referenz wird häufig auf die als „Sozialäquator“ bezeichnete Autobahn A40 verwiesen, die die Region auf engstem Raum in einen wirtschaftlich soliden Süden und einen wirtschaftlich gefährdeten Norden teilt (Bogumil et al., 2012; Kersting, 2017).

Abbildung 2-1: Sorgenvolles Ruhrgebiet

Anteil der Befragten mit großen Sorgen in der jeweiligen Kategorie, in Prozent



Basis: 1.099 Beobachtungen für Deutschland und 1.017 Beobachtungen für das Ruhrgebiet; Befragungszeitraum: August/September 2020. Anteil an validen Antworten (ohne „trifft nicht zu“).

Quelle: RUB-IW-Befragung, 2020

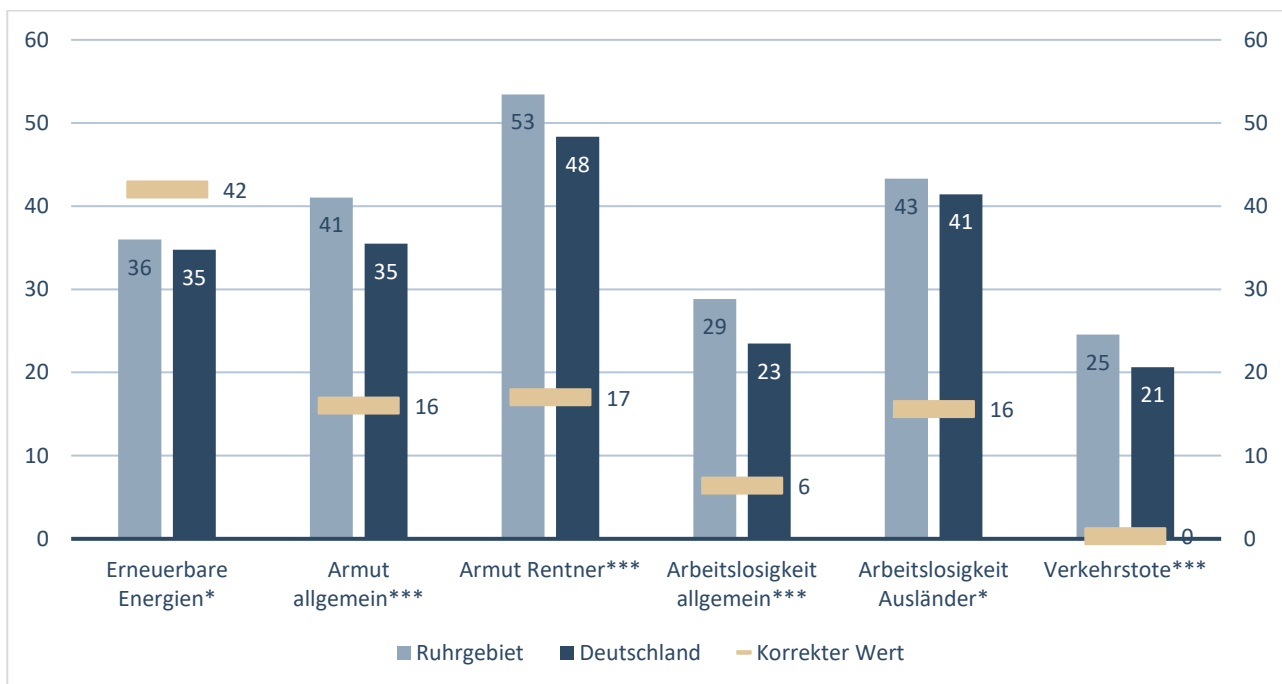
Hinsichtlich der deutlichen Schwierigkeiten, die das Ruhrgebiet durchlaufen hat und die trotz aller positiven Entwicklungen noch zu bewältigen sind, erstaunt es kaum, dass sich die Ruhrgebietsbewohner in einer repräsentativen Befragung im Sommer 2020 mit wenigen Ausnahmen vergleichsweise besorgt zeigen (siehe Abbildung 2-1).¹ Eine besondere Verunsicherung sowie ein vergleichsweise hohes Misstrauen gegenüber ihren Mitmenschen wurde den BewohnerInnen des Ruhrgebiets bereits auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) nachgewiesen – ein Befund, der auch der Kontrolle der geringeren individuellen Einkommen, höherer Arbeitslosigkeit, sowie weiterer sozio-ökonomischer Kontrollvariablen und Bundesland-Dummies standhält. (Diermeier et al., 2020). Die aktuelle Befragung zeigt nun, dass eine Vielzahl an Themen mehr Menschen im Ruhrgebiet sorgenvoll umtreibt, als es im Rest von Deutschland der Fall ist. Die nähere Betrachtung offenbart jedoch gleichzeitig ein differenzierteres Bild: So sind Sorgen in einigen Themenbereichen miteinander stark positiv korreliert, andere hingegen kaum oder weisen sogar einen geringen negativen Korrelationskoeffizienten auf. Leicht negative bivariate Korrelationen zeigen sich beispielweise bei den Sorgen um Zuwanderung und den Sorgen um Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit auf der einen Seite sowie den Sorgen um die Folgen des Klimawandels auf der anderen Seite. Hohe Korrelationen offenbaren erwartungsgemäß finanzielle Themenbereiche wie die Sorgen um die Altersvorsorge und um die eigene wirtschaftliche Situation. Den zweithöchsten Korrelationskoeffizienten offenbaren Sorgen um die Kriminalitätsentwicklung und Sorgen um die Zuwanderung nach Deutschland. Ebenso hängen die

¹ Für einen Überblick über die Befragungsdaten siehe Schüler et al. (2021a).

Sorgen um Gesundheit, Corona und die Versorgungsinfrastruktur relativ stark miteinander zusammen, aber auch Sorgen um Klimafolgen und Sorgen um Corona sowie erwartungsgemäß Sorgen um den sozialen Zusammenhalt und Sorgen um die Ungleichheit. So bilden die Sorgen das gesammelte politische Spektrum ab und lassen sich kaum eindeutig in einer politischen Ecke verorten. Auffällig bereits an dieser Stelle: Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation stehen trotz der drängenden Fragen des Strukturwandels weder an erster Stelle noch erscheinen sie eindeutig ausgeprägter als in der Vergleichsgruppe des deutschlandweiten Samples. Auch auf Basis der SOEP-Daten kamen Diermeier et al. (2020, 2) zu dem Befund, dass die „Besorgnis um die eigene wirtschaftliche Entwicklung, die das Ruhrgebiet bis vor der Finanzkrise noch deutlicher geprägt hatte, [...] im letzten Jahrzehnt nicht mehr systematisch höher [ausfiel] als im übrigen NRW.“ Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung fallen gemäß der Befragung im Sommer 2020 im Ruhrgebiet erstaunlicherweise sogar etwas geringer aus als im Rest Deutschlands. Bei den Themen Entwicklung der Kriminalität in Deutschland, Zuwanderung, eigene Altersvorsorge und Gesundheit machen sich die Menschen im Ruhrgebiet jedoch merkbare größere Sorgen.

Abbildung 2-2: Fehleinschätzungen – Ruhrgebiet versus Gesamtdeutschland

Durchschnitt der Antworten, Anteile in Prozent



*** $p < 0,01$, ** $p < 0,05$, * $p < 0,1$ auf Basis eines zweiseitigen t-Tests zum Mittelwertvergleich; Basis: 1.099 Beobachtungen für Deutschland und 1.017 Beobachtungen für das Ruhrgebiet (Auswertungen auf Basis valider Antworten); Befragungszeitraum: August/September 2020.

Zugrundeliegende Fragen: Erneuerbare Energien: „Welcher Anteil am gesamten Stromverbrauch in Deutschland geht auf erneuerbare Energien zurück?“; Armut allgemein: „Wie viele von 100 Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht?“; Armut Rentner: „Wie viele von 100 Rentnern in Deutschland sind von Armut bedroht?“; Arbeitslosigkeit gesamt: „Wie viele von 100 Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland sind arbeitslos und suchen eine Arbeit?“; Arbeitslosigkeit Ausländer: „Wie viele von 100 Ausländern in Deutschland sind arbeitslos und suchen eine Arbeit?“; Verkehrstote: „Wie viele von 100 Todesfällen in Deutschland gehen auf Verkehrsunfälle zurück?“.

Quelle: RUB-IW-Befragung, 2020

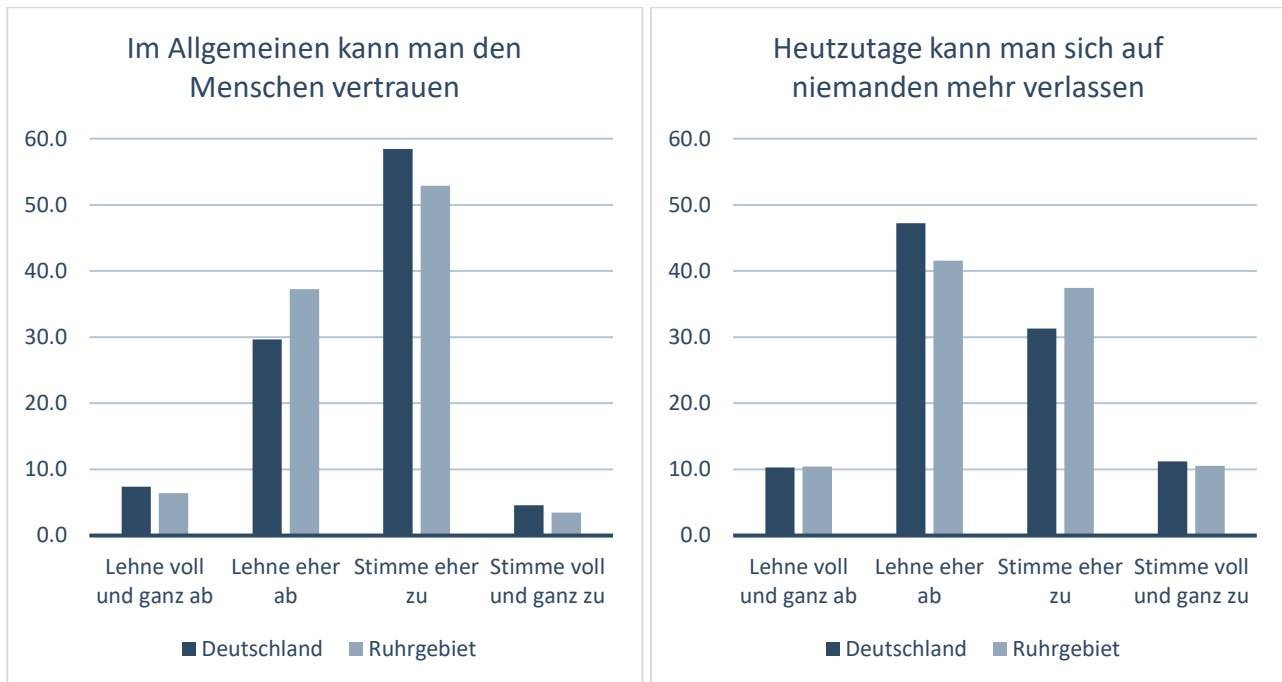
Der Befund vergleichsweise geringer ökonomischer Sorgen erstaunt nicht nur aufgrund der eigentlich prekären Lage. Abbildung 2-2 zeigt zudem, dass Bewohner des Ruhrgebiets die sozio-ökonomische Situation Deutschlands in nahezu allen Bereichen pessimistischer einschätzen als andere Befragte. So schätzten die BewohnerInnen des Ruhrgebiets, dass im Durchschnitt 41 von 100 Personen in Deutschland von Armut bedroht waren (gegenüber einem durchschnittlichen Schätzwert in Höhe von 35 im deutschlandweiten Sample), wobei die empirische Armutsgefährdungsquote im Jahr 2019 bei rund 16 Prozent der Bevölkerung lag. Die deutschlandweite Arbeitslosenquote wird im Durchschnitt auf 29 Prozent geschätzt (auf 23 Prozent im gesamtdeutschen Durchschnitt), wobei der tatsächliche Wert zum Befragungszeitpunkt im Sommer 2020 bei rund 6 Prozent lag. Wie auch im deutschlandweiten Sample wird die Arbeitslosigkeit ausländischer Bürger noch einmal deutlich stärker überschätzt. Interessanterweise ist die Differenz zwischen den beiden Gruppen bei dieser Frage mit 43 Prozent gegenüber 41 Prozent jedoch wesentlich geringer. Nichtsdestotrotz übertrifft das Ruhrgebiet mit seinen pessimistischen Einschätzungen die durchschnittlichen Einschätzungen in Gesamtdeutschland in praktisch allen abgefragten Themengebieten. Eine Ausnahme bildet die Einschätzung zum Ausbau der erneuerbaren Energien, die im Ruhrgebiet geringfügig optimistischer ausfällt. Die grundsätzlich negativere Perspektive auf die gesamtdeutsche wirtschaftliche Lage könnte der angespannten Situation in der Region geschuldet sein. So geht etwa die stärkere Überschätzung der deutschlandweiten Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet mit einer höheren tatsächlichen Arbeitslosenquote von knapp über 10 Prozent in der Metropolregion einher. Auch die regionale Armutsgefährdung in den Ruhrgebietsstädten liegt über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Geht man davon aus, dass die direkte Lebensumwelt auch den Blick auf die wirtschaftliche Situation außerhalb des eigenen Kosmos prägt, lassen sich die Fehleinschätzungen durchaus einordnen.

Der Befund übermäßiger Fehleinschätzungen in den verschiedenen Themengebieten ist dabei jedoch grundsätzlich nicht unproblematisch. Pessimismus kann mit Blick auf wirtschaftspolitische Kennzahlen imstande sein, negativ auf andere Lebensbereiche und Einstellungsmuster durchzuschlagen. So zeigt eine Auswertung des European Social Surveys, dass eine stärkere Überschätzung der Arbeitslosigkeit mit einem stärkeren Misstrauen gegenüber dem politischen System, der Demokratie, den Mitmenschen sowie supranationalen Institutionen wie der Europäischen Union (EU) einhergeht. Selbst zwischen der Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien und dem Arbeitsmarkt-Pessimismus konnte ein Zusammenhang aufgezeigt werden (Diermeier/Niehues, 2019). Analoge Auswertungen der deutschlandweiten RUB-IW-Befragungsdaten deuten auf einen ähnlichen Zusammenhang hin: Mit der Ausnahme der Einschätzungen zu den erneuerbaren Energien zeigen Regressionsanalysen einen robusten Zusammenhang zwischen Fehleinschätzungen und Unzufriedenheit mit Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, dem sozialen Sicherungssystem und mit vielen der abgefragten Sorgen (Niehues et al., 2021).²

² Die Analysen müssen allerdings offenlassen, ob eine Unzufriedenheit oder höhere Sorgen größere Fehleinschätzungen in bestimmten Bereichen begünstigen, oder ob höhere Fehleinschätzungen die Unzufriedenheit und Sorgen erhöhen. Unabhängig von der Wirkungsrichtung ist es jedoch wahrscheinlich, dass sich die Effekte gegenseitig verstärken.

Abbildung 2-3: Vertrauen in Mitmenschen im Ruhrgebiet weniger ausgeprägt

Anteile in Prozent



Basis: 1.099 Beobachtungen für Deutschland und 1.017 Beobachtungen für das Ruhrgebiet (Auswertungen auf Basis valider Antworten); Befragungszeitraum: August/September 2020.

Quelle: RUB-IW-Befragung Deutschland, 2020

Somit bekräftigen die Auswertungen die mögliche Gefahr, die von einer negativ verzerrten Perzeption der unterschiedlichen Problemlagen für den gesellschaftlichen und politischen Zusammenhalt im Ruhrgebiet ausgehen könnte. Grundsätzlich stehen die Befragungsergebnisse im Einklang mit der Beobachtung, dass Menschen im Ruhrgebiet tendenziell höheres Misstrauen aufweisen als Menschen im übrigen NRW oder als solche im gesamtdeutschen Durchschnitt (Diermeier et al., 2020). Auch in der RUB-IW-Befragung im Sommer 2020 zeigten sich Menschen aus dem Ruhrgebiet bei den Fragen „im Allgemeinen kann man Menschen vertrauen“ sowie „heutzutage kann man sich auf niemanden mehr verlassen“ im deutschlandweiten Vergleich kritischer (siehe Abbildung 2-3). Zudem werfen sich BewohnerInnen des Ruhrgebiets gegenseitig eine Entkoppelung von der Politik vor. So belegt eine Befragung der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass knapp 90 Prozent der Befragten im Ruhrgebiet angeben, ihre Mitmenschen informierten sich nicht genügend „über Politik“ (Decker, 2019). Abermals kann der Region, deren gemeinsamen, „viel beschworenen Erfahrungen unter Tage“ (Muschick, 2021) in der Vergangenheit im Ruf standen, einen besonderen gesellschaftlichen Kitt zu liefern, heute zumindest mit Blick auf das allgemeine Vertrauen von Menschen untereinander kein besonderes „Wir-Gefühl“ bescheinigt werden. Zwar mag der gesellschaftliche Zusammenhalt im Ruhrgebiet aus heutiger Perspektive verklärt beziehungsweise „konstruiert“ worden sein, die Hoffnung auf eine pazifizierende Wirkung des Gemeinsamen besteht jedoch weiterhin fort (Berger, 2021). Diesem Gedanken muss entgegengehalten werden, dass der empirische Befund trotz industriekulturellem Erbe ein vielschichtiges gegenseitiges Misstrauen spiegelt. Und so konstatiert auch Stephan Muschick (2021) für das Ruhrgebiet: „Eine Zukunft – gemessen an wirtschaftlicher Dynamik und

sozialem Zusammenhalt – entsteht noch lange nicht allein deshalb, weil man das Vergangene bewahrt“.

In der Gesamtschau zeichnen die Befunde eine mit den wirtschaftlichen Herausforderungen einhergehende Verunsicherung innerhalb des Ruhrgebiets nach. Der Befund einer besorgten und verunsicherten Region, lässt vermuten, dass Zustimmungswerte für die Parteiendemokratie eher gering ausfallen. In einer embedded Democracy, einer Demokratie, die ihrem eigenen Anspruch nur responsiv eingebettet in unterschiedliche, gesellschaftliche Anspruchsgruppen wie die Wählerschaft oder die Zivilgesellschaft gerecht wird (Merkel/Kneip, 2018), ist nicht zuletzt damit zu rechnen, dass – wie bereits in vergangenen Studien nachgewiesen (Diermeier/Niehués, 2019; Schüler et al., 2021b) – Misstrauen gegenüber den Mitmenschen, eine übermäßig negative verzerrte Wahrnehmung der (wirtschaftlichen) Umwelt sowie die in unterschiedlichen Dimensionen besonders ausgeprägten Sorgen negativ auf die Demokratiezufriedenheit durchschlagen.

3 Demokratiezufriedenheit: auffällige Unauffälligkeit

Tatsächlich haben sich in manchen Teilen des Ruhrgebiets besonders viele Menschen von etablierten Parteien ab- und der AfD zugewandt. Bergmann et al. (2018) identifizieren bei der Bundestagswahl 2017 eins von insgesamt vier deutschlandweiten AfD-Hochburgclustern in wirtschaftlich besonders schwachen Wahlkreisen des Ruhrgebiets, die gleichzeitig eine außerordentlich niedrige Wahlbeteiligung aufweisen. Die AutorInnen warnen jedoch vor einer Pauschalisierung dieses Befunds, da unter den 55 westdeutschen Wahlkreisen mit einem AfD-Ergebnis oberhalb des bundesdeutschen Durchschnitts nur vier in NRW liegen. Die Veränderung der Wahlbeteiligung deutet darüber hinaus auf eine unterdurchschnittliche Wählermobilisierung in diesen sozial schwachen Gebieten hin. Insgesamt gingen bei der Bundestagswahl 2017 von den insgesamt 4,1 Millionen AfD-Zweitstimmen in Westdeutschland nur weniger als 70.000 AfD-Zweitstimmen auf das Konto der vier nordrhein-westfälischen AfD-Hochburgen im Ruhrgebiet (Bergmann et al., 2018, 259).

Auch bei näherer Analyse der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen 2020 zeigt sich ein differenziertes Bild. Tatsächlich fällt die Wahlbeteiligung in den Ruhrgebietsstädten und -kreisen, in denen eine Stadtrats- oder Bezirksvertretungswahl stattgefunden hat, mit durchschnittlich 46,9 Prozent niedriger aus als in den Regionen NRWs außerhalb des Ruhrgebiets, wo im Durchschnitt 53,6 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Die RUB-IW-Befragung deutet in der Selbsteinschätzung sogar auf noch geringere Unterschiede zwischen WählerInnen innerhalb und außerhalb des Ruhrgebiets hin. So geben 23,2 Prozent der Befragten im Ruhrgebiet an, bei Kommunalwahlen „selten“ oder „nie“ ihre Stimme abzugeben; außerhalb des Ruhrgebiets fällt diese Gruppe mit 21,4 Prozent nur leicht kleiner aus. Werden nur NRW-Befragte außerhalb des Ruhrgebiets betrachtet, reduziert sich der Anteil weiter auf 20 Prozent. Ein ähnlicher Trend lässt sich bei der Kommunalwahl 2020 auch mit Blick auf die Wahlergebnisse der rechtspopulistischen AfD nachzeichnen. Diese konnte im Ruhrgebiet zwar mehr Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen als im Rest NRWs – der Anteil lag mit 7,2 Prozent 2,7 Prozentpunkte höher als außerhalb des Ruhrgebiets –, von einer „Revolte an der Wahlurne“ (Rodríguez-Pose, 2018) kann

hingegen keine Rede sein. Die RUB-IW Befragung weist zudem im Vergleich zu den deutschlandweit Befragten (10,8 Prozent) im Ruhrgebiet mit 9,8 Prozent eine leicht unterdurchschnittlich ausgeprägte Anhängerschaft der AfD aus.³

Zudem müssen die Wahlergebnisse im Kontext der anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Ruhrgebiet eingeordnet werden. Gerade bei den vergangenen bundesweiten Wahlen konnte beobachtet werden, dass die AfD insbesondere in Regionen gute Wahlergebnisse erzielen kann, wo die wirtschaftliche Lage und insbesondere der Arbeitsmarkt unter besonderer Anspannung standen und ein großer Teil der Wählerschaft der Wahlurne fernbleibt (Diermeier, 2020). Niedrige Wahlbeteiligung zeigt grundsätzlich in einem strukturschwachen Umfeld seinen epidemischen Charakter. Gerade das Ruhrgebiet hält für diesen Zusammenhang als Beispielregion her (Kaeding et al., 2016).

Tabelle 3-1: Demokratiezufriedenheit im Ruhrgebiet, in NRW und in Deutschland

Durchschnittliche Demokratiezufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 10 differenziert nach allgemeinem Vertrauen

	Ruhrgebiet	NRW	Deutschland
Im Allgemeinen kann man den Menschen vertrauen: Lehne eher oder voll und ganz ab:	6,21	6,60	6,05
Im Allgemeinen kann man den Menschen vertrauen: Stimme eher oder voll und ganz zu:	7,63	8,10	7,65
Gesamt:	7,02	7,54	7,05

Frage: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit folgenden Bereichen Ihres Lebens? Hier: Der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht. Skala von 0 (ganz und gar nicht zufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden). Basis: 1.099 Beobachtungen für Deutschland und 1.017 Beobachtungen für das Ruhrgebiet (Auswertungen auf Basis valider Antworten); Befragungszeitraum: August/September 2020.

Quelle: RUB-IW-Befragung, 2020

Tabelle 3-1 eindrücklich, dass ein geringeres allgemeines Vertrauen in Mitmenschen mit einer merkbar niedrigeren Demokratiezufriedenheit einhergeht. Vor diesem Hintergrund erweist sich die Demokratiezufriedenheit im Ruhrgebiet allerdings als auffällig unauffällig. Diese liegt zwar etwas niedriger als in NRW, jedoch nur minimal unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt.⁴ Aufgrund des langanhaltenden Ringens mit den Folgen des Strukturwandels, dem stärkeren

³ Im NRW-Vergleich deutet die Befragung hingegen auf eine überdurchschnittliche Zustimmung der AfD hin. Aufgrund der geringen Anzahl von AfD-Beobachtungen in NRW im deutschlandweiten Sample ist dieser Befragungsbefund jedoch zurückhaltend zu interpretieren.

⁴ Während der Mittelwert-Unterschied zwischen dem Ruhrgebiet-Sample und NRW (aus dem gesamtdeutschen Sample) bei einem fünfprozentigen-Signifikanzniveau statistisch signifikant ist, ist der Unterschied zwischen dem Ruhrgebiets-Sample und der durchschnittlichen Demokratiezufriedenheit im gesamtdeutschen Sample bei konventionellen Signifikanzniveaus nicht statistisch signifikant. Auch bei separater Betrachtung Westdeutschlands sticht das Ruhrgebiet nicht statistisch signifikant hervor.

Misstrauen und Pessimismus sowie des übermäßigen Sorgenniveaus, wäre für das Ruhrgebiet ein erkennbar niedrigerer Wert zu erwarten gewesen.

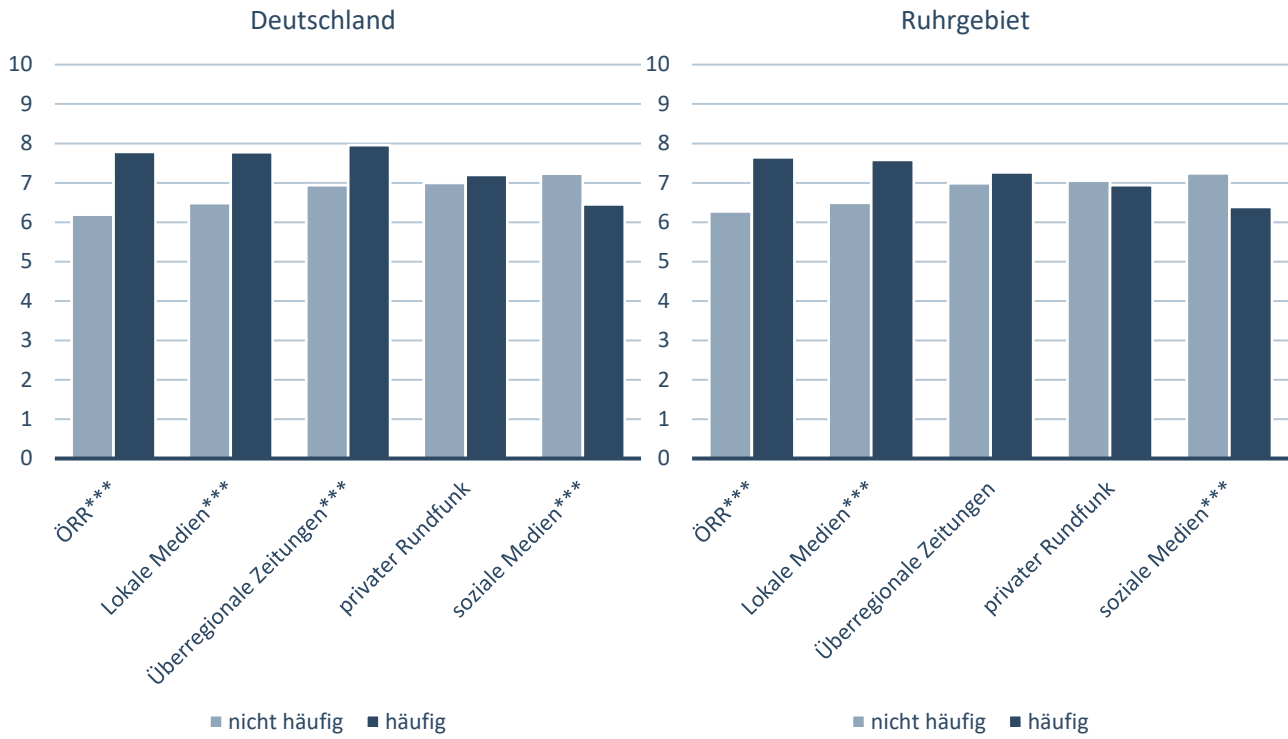
Eine vorausgegangene deutschlandweite Untersuchung zum Zusammenspiel von Sorgen, Fehleinschätzungen und Demokratie(un)zufriedenheit weist auf die Bedeutung des unterschiedlichen Medienkonsums hin (Niehues et al., 2021). Die Regressionsanalysen zeigen, dass ein stärkerer Fokus auf die sozialen Medien als Quelle politischer Informationen tendenziell mit größeren Fehleinschätzungen einhergeht. Menschen, die bevorzugt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) sowie lokale und überregionale Zeitungen als Informationsquellen nutzen, kennzeichnen sich hingegen durch geringere Fehleinschätzungen. Abermals zeigt sich hinsichtlich der politischen Orientierung ein differenziertes Bild: So informieren sich AnhängerInnen der Anti-Establishment Partei AfD deutlich stärker in sozialen Medien und zeigen besonders pessimistische Fehleinschätzungen in den Themenbereichen Altersarmut, Arbeitslosigkeit ausländischer MitbürgerInnen und bezüglich der vermuteten Entwicklung der Kriminalität. Diese Korrelationsanalysen erlauben keine Ableitungen, inwieweit der entsprechende (möglicherweise selbstreferenzielle) Medienkonsum tatsächlich Fehleinschätzungen verstärkt oder sogar auslöst. Es erscheint jedoch plausibel, dass insbesondere der algorithmus-gesteuerte Konsum sozialer Medien bestehende Deutungsmuster und Fehleinschätzungen verstärkt.

Auch mit Blick auf die Demokratiezufriedenheit wurde der Mediennutzung eine starke Bedeutung nachgewiesen. Insbesondere beim Konsum von digitalen Medien zeigt sich der Absender perzipierter Informationen als bedeutsam. Werden beispielsweise Inhalte auf sozialen Medien konsumiert, die auf traditionelle Medien zurückgehen, fällt die Demokratiezufriedenheit positiver aus. Konsumieren Menschen eher Nachrichten aus sozialen Medien, die aus anderen Quellen stammen, sind die Empfänger eher unzufrieden mit der Demokratie (Ceron/Memoli, 2015).

In einer langen Forschungstradition beschäftigen sich Studien mit der Bedeutung des Medienkonsums für die lokale Verankerung demokratischer Prozesse. Schließlich bieten Lokalmedien eine Plattform für „gemeinsames Wissen und geteilte Erfahrungen über den lokalen Raum, dem sich der Einzelne subjektiv als Mitglied verbunden fühlt. Dies kommt i.d.R. in einer entsprechenden lokalen Identität bzw. Ortsloyalität zum Ausdruck“ (Tenscher et al., 2013, 193). Lokale Medien tragen maßgeblich zum Ausbilden lokaler Öffentlichkeiten bei, die wiederum die Grundvoraussetzung einer funktionierenden, responsiven und informierten Demokratie vor Ort darstellen. Tatsächlich lassen sich Zufriedenheit mit Demokratie und politische Partizipation nicht ausschließlich durch sozio-ökonomische Variablen und die Ideologie der Beteiligten erklären, sondern basieren auch darauf, wie politische Inhalte und Entscheidungen über (lokale) Medien und zivilgesellschaftliche Netzwerke an die Bürger kommuniziert werden (Scheufele et al., 2002). Insbesondere dem Konsum lokaler Zeitungsnachrichten wird attestiert, die politische Partizipation zu stärken (Moy et al., 2004). Die Berichterstattung über regionale und lokale Problemlagen und Befindlichkeiten fungiert einerseits als Informationsquelle und zeigt andererseits, dass entsprechende Themen wahr- sowie ernstgenommen werden.

Abbildung 3-1: Demokratiezufriedenheit und Medienkonsum

Durchschnittliche Demokratiezufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 10 differenziert nach Mediennutzungsprofil



*** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1 auf Basis eines zweiseitigen t-Tests zum Mittelwertvergleich; Demokratiezufriedenheit („Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht“; von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“); ÖRR = Überregionales öffentlich-rechtliches Fernsehen oder Radio; Lokale Medien = Lokales Fernsehen oder Radio sowie Lokalzeitung; privater Rundfunk = Überregionales privates Fernsehen oder Radio; soziale Medien = Facebook, YouTube, Twitter sowie Telegram; Basis: 1.099 Beobachtungen für Deutschland und 1.017 Beobachtungen für das Ruhrgebiet (Auswertungen auf Basis valider Antworten); Befragungszeitraum: August/September 2020.

Quelle: RUB-IW-Befragung, 2020

Nachdem die von Möhring (2017) aufgestellte Hypothese einer besonderen Bedeutung lokaler Medien im Ruhrgebiet auf Basis der RUB-IW-Befragung im Sommer 2020 bestätigt werden konnte (Schüler et al., 2021; Korte/Dinter, 2019), drängt sich nun die Frage auf, ob der Nachrichtenkonsum von Lokalmedien auch mit einer stärkeren Verankerung der Demokratie einhergeht. Abbildung 3-1 liefert erste deskriptive Evidenz zu dieser Vermutung: Neben dem häufigen Konsum des ÖRR geht auch der häufige Konsum lokaler Medien mit einer stärkeren Demokratiezufriedenheit einher. Da sich die BewohnerInnen des Ruhrgebiets im Vergleich mit dem deutschlandweiten Sample durch eine außerordentlich hohe Nutzung von Lokalmedien (insbesondere des lokalen Rundfunks) auszeichnen, erscheint ein hieraus erwachsener demokratie-stärkender Effekt durchaus plausibel. Die häufige Nutzung privater TV-Medien liefert kaum Differenzierungspotenzial für Aussagen zur Demokratiezufriedenheit, überregionale Zeitungen nur im gesamtdeutschen Sample. Der häufige Konsum von sozialen Medien geht im Durchschnitt mit einer geringeren Demokratiezufriedenheit einher.

Regressionsanalysen mit der Demokratiezufriedenheit als abhängige Variable zeigen, dass die Korrelation zur individuellen Mediennutzungsintensität auch unter Hinzunahme unterschiedlicher sozio-demographischer Kontrollvariablen⁵ Bestand hat. Sowohl in der deutschlandweiten Befragung als auch im Ruhrgebietsample lassen sich feststellen, dass ein häufiger Konsum lokaler Medien statistisch signifikant mit einer höheren Demokratiezufriedenheit einhergeht. Diese Ergebnisse scheinen kompatibel zum Befund aus dem deutschlandweiten Sample, dass Menschen mit häufigem Nachrichtenkonsum aus sozialen Medien wie Telegram, eine besondere Skepsis gegenüber den etablierten Akteuren in Politik und Medien aufweisen (Schüler et al., 2021). Darüber hinaus zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und ÖRR als Quelle politischer Informationen sowie ein negativer Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und dem Konsum von politischen Informationen aus sozialen Medien. Bezüglich überregionaler Medien lässt sich hingegen kein statistisch signifikanter Zusammenhang nachweisen. Die empirischen Ergebnisse geben somit tatsächlich Hinweise auf eine besondere Bedeutung der im Ruhrgebiet ansässigen Lokalmedien.

4 Fazit und Ausblick

Auch nach Jahrzehnten des begleiteten Strukturwandels sieht sich das Ruhrgebiet nach wie vor vielschichtigen und ungelösten ökonomischen Schwierigkeiten gegenüber. Innerhalb Westdeutschlands wird die Region weiterhin als „Problemfall“ herausgegriffen (Oberst et al., 2019). Es ist daher wenig überraschend, dass sich BewohnerInnen des Ruhrgebiets in vielen Bereichen überdurchschnittlich besorgt zeigen. Auswertungen der RUB-IW Befragung im Ruhrgebiet zeigen nun, dass Befragte auch Problemlagen wie Kriminalität, Armut und Arbeitslosigkeit deutlich pessimistischer einschätzen, als dies im deutschlandweiten Vergleich der Fall ist. Hinzu kommt, dass Ruhrgebiets-BewohnerInnen ein besonders geringes Vertrauen in ihre Mitmenschen aufweisen. Nach Jahren der Umwälzungen und Schwierigkeiten scheint sich eine vorwiegend negative Perzeption des eigenen Umfelds, der Mitmenschen und der gesellschaftlichen Problemlagen durchgesetzt zu haben. Werden diese Kennziffern herangezogen, finden sich von dem vielbescheinigten „Wir-Gefühl“ nur wenige Spuren. Auf den ersten Blick scheint das Ruhrgebiet vielmehr auf dem Weg, die jüngsten Erfahrungen von Regionen mit einem vergleichbaren schwerindustriellen Vorleben zu spiegeln mit entsprechenden Kollateralschäden für die lokale Verankerung von demokratischen Strukturen. Nicht zuletzt Regionen wie der US-amerikanische „Rustbelt“, die britischen Midlands oder Teile Nordfrankreichs, die aufgrund von De-Industrialisierung einen empfindlichen wirtschaftlichen Niedergang sowie eine (gefühlte) politische Vernachlässigung („places that don’t matter“) durchlebt haben, hatten während der vergangenen Jahre immer wieder an der Wahlurne revoltiert und sich in signifikanten Teilen Kräften zugewandt, die sich klar gegen die liberale Demokratie positionieren (Rodríguez-Pose, 2018).

Im negativ gezeichneten Bild des Ruhrgebiets darf dabei durchaus überraschen, dass der Blick auf politische Befindlichkeiten eher in eine unauffällige Richtung deutet: Im Einklang mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten fällt zwar die Wahlbeteiligung etwas unterdurchschnittlich aus und die rechtspopulistische AfD schneidet zumindest im NRW-Vergleich überdurchschnittlich

⁵ Als Kontrollvariablen werden hierfür das Geschlecht, das Alter, der höchste Bildungsabschluss, die subjektive Schichtzugehörigkeit, mögliche Arbeitslosigkeit sowie das bedarfsgewichtete Nettoeinkommen berücksichtigt.

gut ab; demgegenüber überrascht hingegen die auffällig unauffällige, durchschnittliche Demokratiezufriedenheit. Zieht man in dieser Hinsicht die deindustrialisierten internationalen Vergleichsregionen heran, erstaunt der Befund im Ruhrgebiet besonders und motiviert ein tieferes Beleuchten der Besonderheiten in der Region.

Zum Ersten haben vormalige Studien bereits auf eine besondere Bedeutung des lokalen Medienkonsums im Ruhrgebiet hingewiesen, der deutlich über den deutschlandweiten Durchschnittswerten liegt (Korte/Dinter, 2019; Schüler et al., 2021). Lokalmedien kommen in der Schaffung lokaler Öffentlichkeiten eine tragende Rolle zu (Tenscher et al., 2013), über die einem medial gezeichneten und regional verankerten „Wir-Gefühl“ Vorschub geleistet werden kann. Einerseits vermitteln sie das Bild, dass kleinräumige Problemlagen Würdigung erfahren, sodass sich Menschen mit ihren Sorgen ernstgenommen fühlen. Andererseits bieten sie der Lokalpolitik eine wichtige Informationsquelle, Stimmungen innerhalb der Bevölkerung wahrzunehmen und konstituieren gleichzeitig eine wichtige Kommunikationsplattform, auf der diese zu bestimmten Themenfeldern Stellung beziehen können. Gleichermaßen ist die Bedeutung einer lebendigen Zivilgesellschaft zu betonen, die mit unterschiedlichem Fokus die Wahrnehmung regionaler oder lokaler Problemlagen spiegelt. Insbesondere die Corona-Pandemie hat zudem auf die Tragweite digitaler Angebote hingewiesen, die ermöglichen Nutzer lokal abzuholen.

Zweitens hat sich mit der Direktwahl der Mitglieder des „Ruhrparlaments“ bei den Kommunalwahlen 2020 erstmals eine gemeinsame politische Repräsentanz des Ruhrgebiets herausgebildet, die sich auch das Ziel gesetzt hat, von politischer Seite ein „Wir-Gefühl“ zu festigen. Inwieweit das neu geschaffene Gremium die hochgehängten Erwartungen an vereinheitlichte Raumplanung und gemeinsame Organisation der derzeit noch hoheitlich kommunal verankerten Aufgaben erfüllt, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Möglicherweise wird die Konstitution einer gemeinsamen politischen Repräsentanz als Signal gewertet werden, dass gemeinsame Problemlagen auch nur gemeinsam adressiert werden können. Zuletzt hatte sich insbesondere die kommunale Ebene als handlungsfähig erwiesen, was trotz aller Schwierigkeiten das Gefühl stärkt, „dass Politik und Gesellschaft in der Region zusammenhalten“ (Dinter/Korte, 37). Hinzukommt, dass Menschen im Ruhrgebiet in der Vergangenheit durchaus mit ihrer politischen Repräsentation gehadert haben und überdurchschnittlich häufig den Wunsch äußerten, die direktdemokratische Mitsprache zu stärken (Decker, 2019). Über das „Ruhrparlament“ könnte sich hier ein noch nicht gehobenes Potenzial zur weiteren Stärkung der (lokalen) Demokratiestrukturen verbergen.⁶ Eine institutionalisierte Einbindung weiterer direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten in die (regionalen) politischen Strukturen, könnte darüber hinaus eine zusätzliche demokratiestärkende Wirkung entwickeln.

Final lässt sich konstatieren, dass die vielen vergangenen Politikmaßnahmen der Strukturhilfe im Ruhrgebiet sich möglicherweise heute in einer im Kontrast zu den internationalen Vergleichsregionen höheren Demokratiezufriedenheit spiegeln, als es die überdurchschnittlichen Sorgen und das Misstrauen erwarten ließen. Gerade in den schwierigen vergangenen Jahrzehnten hat

⁶ Mertens und Schüler (2020) haben beispielsweise auf die Bedeutung von Petitionen als Ventil für die Sorgen während der Corona-Krise verwiesen sowie deren Potenzial, Aufmerksamkeit für regionale Befindlichkeiten niedrigschwellig in den politischen Diskurs einzubringen, betont.

sich das „Modell der Sozialpartnerschaft und des rheinischen Kapitalismus [...] gerade im Ruhrgebiet auch als Zukunftsmodell bewährt“ (Berger, 2021). Zwar haben die vielen Mittel, die in die Subventionierung der Lebensstandards vergangener Generationen geflossen sind, kaum dazu beigetragen, dass nachhaltige ökonomische Strukturen geschaffen wurden. Jedoch wurden während der vergangenen Jahrzehnte im Ruhrgebiet auch die Voraussetzungen für eine starke Verkehrs-, Digital- und Bildungsinfrastruktur geschaffen, die sich heute auszahlen (Kempermann et al., 2020b). Dass unterschiedliche Spielarten der Daseinsvorsorge in Deutschland – wenn in angemessener Dichte bereitgestellt – dazu beitragen können, das Vertrauen in etablierte Parteien zu stärken, ist schließlich belegt (Bayerlein, 2020; Diermeier, 2020). Auch mit Blick auf das Angebot von digitaler Daseinsvorsorge wie etwa dem Breitbandinternet steht der Agglomerationsraum gut dar (Kempermann et al., 2020b). Ganz im Sinne von Muschick (2021), der konkludiert: „Das Ruhrgebiet braucht keine Romantisierung und Konservierung der Vergangenheit als Status quo, sondern einen Aufbruch in eine klimaneutrale, digitalisierte und bürgernahe Zukunft“. Das lässt die abschließende Hoffnung auf eine wirtschaftlich gefestigte Zukunft aufkeimen, die auch stabilisierend ins Politische hineinzuwirken vermag.

Literatur

- Bayerlein, Michael, 2020, Spatial Inequality and Populist Voting in Germany and the United States. American Institute for Contemporary German Studies, <https://www.aicgs.org/publication/spatial-inequality-and-populist-voting-in-germany-and-the-united-states/> [10.5.2021]
- Berger, Stefan, 2021, Eine Brücke zwischen Gestern und Morgen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wieso-das-ruhrgebiet-weltkulturerbe-werden-muss-17311445.html> [10.5.2021]
- Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2017, Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg., Nr. 2, S. 243–264
- Beznoska, Martin / Kauder, Björn, 2020, Verschuldung und Investitionsschwäche der Kommunen: Dynamik der Kommunalfinanzen am Beispiel Nordrhein-Westfalens, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 21. Jg., Nr. 4, S. 403–421
- Bogumil, Jörg / Heinze, Rolf / Lehner, Franz / Strohmeier, Klaus Peter, 2012, Viel erreicht – wenig gewonnen: Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet, Essen
- Ceron, Andrea / Memoli, Vincenzo, 2016, Flames and debates: do social media affect satisfaction with democracy?, in: Social indicators research, 126. Jg., Nr. 1, S. 225–240
- Decker, Frank, 2019, Vertrauen und Demokratiezufriedenheit an Rhein und Ruhr, Diskussionspapier des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 5, Bonn
- Diermeier, Matthias/ Mertens, Armin / Niehues, Judith / Schüler, Ruth Maria, 2020, Corona-Krise trifft auf besorgtes Ruhrgebiet, IW-Kurzbericht, Nr. 45, Köln
- Diermeier, Matthias, 2020, Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 30. Jg., S. 539–568
- Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2019, Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit, in: IW-Trends, 46. Jg., Nr. 2, S. 23–42
- Dinter, Jan, 2019, Politischer Strukturwandel? Populismus und soziale Gegensätze im Ruhrgebiet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 69. Jg., Nr. 1-3, S. 31–38
- Funke, Jakob, 2019, Strukturwandel Next Level: Bochums Opel-Gelände im nächsten Wandel, IW-Kurzbericht, Nr. 74, Köln
- Kempermann, Hanno / Ewald, Johannes / Hünneimyer, Vanessa, 2020a, Wasserstoffranking 2020: Wo steht das Ruhrgebiet im Metropolenvergleich?, Studie für den Regionalverband Ruhr, Ort?

Kempermann, Hanno et al., 2020b, Auf dem Weg zu einer starken Region: Zukunftspotenziale der Metropole Ruhr, Studie für den Regionalverband Ruhr, in: Managing with facts, Jg., Nr., S.?

Korte, Karl-Rudolf / Dinter, Jan, 2019, Bürger, Medien und Politik im Ruhrgebiet, Wiesbaden

Kersting, Volker, 2017, Neuere Befunde zur sozialen, räumlichen und politischen Spaltung in NRW, Präsentation, NRW-Dialogforum des FGW – 23. und 24. November 2017, Ort?

Merkel, Wolfgang / Kneip, Sascha, 2018, Democracy and Crisis: Challenges in Turbulent Times, Wiesbaden

Mertens, Armin / Schüler, Ruth Maria, 2020, Online-Petitionen als Corona-Sorgenventil, IW-Report, Nr. 47, Köln

Möhring, Wiebke, 2017, Vertrauensgut lokale Medien? Strukturen und Charakteristika lokaler medialer Öffentlichkeit in Nordrhein-Westfalen, <http://Vertrauensgut lokale Medien? Strukturen und Charakteristika lokaler medialer Öffentlichkeit in Nordrhein-Westfalen › Regierungsforschung> [6.5.2020]

Moy, Patricia / McCluskey, Michael R. / McCoy, Kelley / Spratt, Margaret A., 2004, Political correlates of local news media use, in: Journal of Communication, 54. Jg., Nr. 3, S. 532–546

Muschick, Stephan, 2021, Auch die Vergangenheit kann Zukunft verhindern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wird-das-ruhrgebiet-weltkulturerbe-17323641.html> [10.5.2021]

Niehues, Judith / Schüler, Ruth Maria / / Tissen, Jana, 2021b, Selektiver Medienkonsum und sozioökonomisches Unwissen, in: IW-Trends, 48. Jg., Nr. 2, S. 23–44

Oberst, Christian / Kempermann, Hanno / Schröder, Christoph, 2019, Räumliche Entwicklung in Deutschland, in: Michael, Hüther / Südekum, Jens / Voigtländer, Michael (Hrsg.), Die Zukunft der Regionen in Deutschland. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit, S. 87–114

Rodríguez-Pose, Andrés, 2018, The revenge of the places that don't matter (and what to do about it), Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, 11. Jg., Nr.1, S. 189–209

Röhl, Heiner-Klaus et al., 2018, Die Zukunft des Ruhrgebiets, IW-Gutachten, Köln

Röhl, Heiner-Klaus / Schröder, Christoph, 2017, Regionale Armut in Deutschland: Risikogruppen erkennen, Politik neu ausrichten, IW-Analyse, Nr. 113, Köln

Scheufele, Dietram A. / Shanahan, James / Kim, Sei-Hill, 2002, Who cares about local politics? Media influences on local political involvement, issue awareness, and attitude strength, in: Journalism & Mass Communication Quarterly, 79. Jg., Nr.2, S. 427–444

Schüler, Ruth Maria / Niehues, Judith / Diermeier, Matthias, 2021a, Politisches Informationsverhalten: Gespräch und traditionelle Medien liegen vorn, IW-Report, Nr. 2, Köln

Tenscher, Jens / Seeber, Gilg U. H. / Hallermayer, Michael, 2013, Politische Mediennutzung, in: Van Deth, Jan W. / Tausendpfund, Markus (Hrsg.): Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen, S. 191–214

Abstract

Life in the Ruhr valley has been shaped by structural change for many decades. Even today, the region's inhabitants face a comparatively difficult economic environment. Hence, it is comprehensible that people along the Ruhr are more concerned about various societal problems and empirically assess them even more negatively than other German respondents. Lower voter turnout and higher support for right-wing populism also reflect the tense economic environment.

In contrast to these findings, economic concerns in the Ruhr valley are moderate despite the ongoing structural change. Given the circumstances, the region's residents have not turned away excessively from the established parties. In fact, a conspicuously inconspicuous feature of the overall picture is the unexceptional satisfaction with democracy. Contrary to the society's weak trust in its fellow citizens, the prevailing satisfaction with democracy can likely be understood as the result of a deeper regional identity. Economically, this may be caused by the sustainable development of educational, digital and transport infrastructure over the past decades, which today offers Ruhr residents an above-average level of public services. Socially, the solid anchoring of democracy is reflected in the important role of local media, whose consumers evaluate the political system less concerned. Politically, the desire for more political co-determination was met for the first time in 2020 with the election of a joint "Ruhr Parliament" which still must prove in the coming years to what extent it succeeds in bringing forward cross-municipal spatial planning projects.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1: Demokratiezufriedenheit im Ruhrgebiet, in NRW und in Deutschland12

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Sorgenvolles Ruhrgebiet7
Abbildung 2-2: Fehleinschätzungen – Ruhrgebiet versus Gesamtdeutschland8
Abbildung 2-3: Vertrauen in Mitmenschen im Ruhrgebiet weniger ausgeprägt10
Abbildung 3-1: Demokratiezufriedenheit und Medienkonsum14